

30 Jahre BSI – 30 Jahre Digitalisierung

MAGAZIN

April 2021 • 71. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der nächste Gipfel im Kanzleramt, die nächste Verlängerung von Maßnahmen, Osterfest im engsten Familienkreis mit maximal fünf Personen aus maximal zwei Haushalten. Gleichzeitig setzt ein Strom Urlaubssuchender sich in Flugzeuge, um dahin zu reisen, wo vermeintlich mehr Freiheit und Erholung winkt, zum Beispiel auf die beliebte Baleareninsel Mallorca. Kommt Ihnen das nicht auch geradezu spanisch vor? Dass deutsche Urlauber nach Spanien fliegen aber Spanier nicht innerhalb ihres Landes reisen dürfen, die englische Regierung Reiseverbote erteilt, obwohl sie im Augenblick die höchste Impfquote erreicht hat, dass Fußballspiele in Europa im Hotspot Ungarn stattfinden, weil dadurch Quarantäneregungen umgangen werden können? Das in Fußballstadien wieder Besucher getestet werden und beim Lieblingsitaliener um die Ecke die Außengastronomie nicht geöffnet werden darf?

Ertappen Sie sich dabei, zu zweifeln? Nur Mut, das geht Ihnen nicht alleine so.

Obwohl ausweislich der inzwischen zahlreichen Befragungen in der Bevölkerung die mit Abstand meisten Bürgerinnen und Bürger sogar Verständnis für viel stärkere Beschränkungen aufbringen würden, damit man die Pandemie endlich wieder in den Griff bekommt, entsteht nach den vielen Gipfeln im Kanzleramt der Eindruck, dass man uns – hoffentlich nicht der Wahlen wegen – nicht zu sehr fordern möchte. Tragisch ist, dass diese Vorgehensweise – bei Mangel an Impfstoff und Tests – nach Auskunft von Wissenschaftlern dazu beiträgt, dass sich diese Pandemie weiter in die Länge zieht.

Zu erwarten ist, dass es am Ende auch Kritik an der Verwaltung geben wird. Aktuelle Beispiele in den Medien sind Schulen, die Belüftungsgeräte kaufen wollen, deren Einsatz das Schulamt aber nicht genehmigt. Impfbereite Ärzte, die sich über die geforderte Leistung von sieben Unterschriften pro zu impfenden Patient beschwerten. Das alles scheint wenig nachvollziehbar. Und schon wird auf die Bürokratie ge-

schimpft. Ist nicht die schnellstmögliche Versorgung mit Impfstoff und Schutzausrüstung kurzfristiges Ziel? Dann sollten wir uns dringend fragen, ob die Prozesse noch diesem Ziel dienen und warum es bei uns sieben Unterschriften im Impfzentrum braucht und andernorts inzwischen schon beim Einkauf im Supermarkt geimpft wird.

Der Eindruck von Fehlentwicklungen wird noch dadurch verstärkt, dass Politikerinnen und Politiker sich bei der Bewältigung der Krise persönlich bereichert haben. Dieser Vertrauensverlust in die Politik, die schließlich durch die Politikerinnen und Politiker der Bundesregierung und in den Parlamenten repräsentiert wird, führt verständlicherweise zu Frust, Wut und Unzufriedenheit. Auch gibt es Hinweise, dass Vorschläge aus den Belegschaften der Behörden nicht in Entscheidungsfindungen einfließen.

Das Problem mit den Beraterverträgen der Bundesregierung ist auch in Pandemiezeiten ein bleibendes. Ich denke, wer seine kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in solch einer Situation ignoriert, kann auch kein guter Krisenmanager sein. Bleiben Sie aber bitte standhaft und dokumentieren Sie Ihre Verbesserungsvorschläge.

Demokratie muss Meinungsdivergenzen aushalten, hat aber ein Recht auf Transparenz. Wir werden mit Sicherheit nicht erfahren, was die Gipfelteilnehmerinnen und -teilnehmer tatsächlich bewogen hat, von der durch Wissenschaft empfohlenen besten Lösungsvariante regelmäßig abzuweichen.

Sicherheit, das ist ein Grundbedürfnis aller Menschen, zum Beispiel auch bei der Nutzung sozialer Medien und des Internets. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ist in diesem Jahr seit 30 Jahren dafür verantwortlich, dass alle Kommunikation in der virtuellen Welt des Internets, ob surfen auf den Angebotsseiten, ob Videokonferenzen oder Apps für die Nutzerinnen und Nutzer, sicher bleibt. Es hat Angriffe auf den Staat vermeiden und Sicherheitslücken finden helfen. Das Amt wächst mit den Aufgaben und stellt sich Ihnen aus Anlass des 30-jährigen Bestehens in dieser Ausgabe vor. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen im BSI dafür, dass wir unseren Job in der Bundesverwaltung trotz aller augenblicklichen Einflüsse und auch im Homeoffice sicher und digital leisten können.

Zum Schluss noch eine Bitte:

Bleiben Sie zuversichtlich und vor allen Dingen gesund!

Beste Grüße

Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

> 30 Jahre BSI – 30 Jahre Digitalisierung	4–8
> Veranstaltungsreihe #vbob70	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Berichtenswertes – Was sonst noch geschah ...	12

> dbb

> vorgestellt – Studie „Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst“	13
> hintergrund – Behördenverlagerungen sind kein Wundermittel	14–16
> hintergrund – Die bayerische Heimatstrategie Weiß-blauer Weg zum Wohlstand für alle	16–17
> nachgefragt bei ... Marco Wanderwitz, Ostbeauftragter der Bundesregierung	18
> Digitalpolitik – Open Data: Verliert der ländliche Raum den Anschluss?	20
> nachrichten/urteil des monats – Auslese darf sein	21
> dbb akademie	22–23
> beamte – Neuer Dienstherr: Autobahn GmbH	24–26
> Reform der Pflegereform	27
> frauen – Digitales frauenpolitisches Frühstück der dbb frauen	28–29
> frauen – Internationaler Frauentag	30
> tarif – Tarifrunde Bund und Kommunen: Redaktionsverhandlungen abgeschlossen	31
> europa – Wie Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird	32–33
> drei fragen an ... Svenja Schulze, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit	34
> jugend – Sachgrundlose Befristungen: Versprechen endlich umsetzen	35
> jugend – Frauen sind die Heldinnen der Pandemie	36
> service für dbb mitglieder	38–39
> online	40–41
> zur sache – Corona Apps: Viel Datenschutz = wenig Wirksamkeit?	42
> interview – Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg	44–46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** BSI Pressestelle, AdobeStock, vbob. **Titelbild:** Pressestelle BSI.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbundes und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 37,70 Euro zzgl. 7,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,20 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember im Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediencenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediencenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62 (dbb magazin) und Preisliste 41 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage dbb magazin:** 571 338 (IVW 4/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



30 Jahre BSI – 30 Jahre Digitalisierung

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gestaltet seit drei Jahrzehnten die Informationssicherheit in der Digitalisierung durch Prävention, Detektion und Reaktion für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

■ Präsident Schönbohm erinnert sich

„Es gibt Behörden, die sind älter als wir. Aber für eine Behörde, die sich mit dem Thema IT-Sicherheit befasst, ist 30 ein bemerkenswertes Alter. Denn 1991 war die Welt noch eine andere. Was die Menschen 1991 beschäftigte, war nicht die Digitalisierung und schon gar nicht die Informationssicherheit. Was die Menschen beschäftigte, waren die Themen und Ereignisse, die ihren Ursprung im Mauerfall und der Einheit Deutschlands hatten. Es war Wendezeit.

1991 ist das Jahr, in dem der Deutsche Bundestag den Umzug von Bonn nach Berlin beschließt. 1991 wurde der „Warschauer Pakt“ aufge-

löst, im Dezember 1991 schließlich auch die Sowjetunion.

1991 ist aber auch das Jahr, in dem das Internet zwar schon existiert, als Massenphänomen jedoch noch in sehr kleinen Kinderschuhen steckt. Wer 1991 einen Computer hat, nutzt mit hoher Wahrscheinlichkeit MS-DOS oder Windows 3.1, um ihn zu bedienen. 1991 richtete die damalige „Deutsche Bundespost Telekom“, heute besser bekannt als „Deutsche Telekom AG“, das D-Netz ein, auf Basis des GSM-Standards. Ich erinnere mich gut an die „handlichen“ Mobiltelefone vom Gewicht und der Größe eines Koffers. Nach einer einjährigen Testphase ging das Netz im Sommer 1992 in den Regelbetrieb.



Viele Errungenschaften, die wir heute selbstverständlich nutzen – ich denke etwa an Smartphones, an weltweite Kommunikation in Echtzeit, an maschinelles Lernen, intelligente Verkehrsleitsysteme oder digitale Stromzähler – gehörten 1991 wohl eher ins Reich der Science-Fiction. Und in einer Zeit wie dieser wird das BSI gegründet und nimmt auf Basis des BSI-Errichtungsgesetzes seine Arbeit auf.“

» BSI inside: Was das BSI alles macht

„Das BSI als die Cybersicherheitsbehörde des Bundes gestaltet Informationssicherheit in der Digitalisierung durch Prävention, Detektion und Reaktion für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“, so lautet der Leitsatz des BSI. Hier gehören Informationssicherheit und Digitalisierung untrennbar zusammen und ist die integrierte Wertschöpfungskette vorausgesetzt.

Im Bereich der Digitalisierung von **Automobil und Verkehr** beispielsweise hat das BSI gemeinsam mit dem Verband der Automobilindustrie (VDA) und mit dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) wichtige Schrit-

te zu mehr Cybersicherheit getan. Mit der Bündelung der jeweiligen Kompetenzen von BSI und KBA kann die sichere Entwicklung zum automatisierten und vernetzten Fahren beschleunigt werden. Vom sicheren automatisierten und vernetzten Fahren werden schlussendlich auch die Autofahrerinnen und Autofahrer profitieren, insofern könnte man die Zusammenarbeit mit VDA und KBA auch als Teil der Aktivitäten im Bereich des **Digitalen Verbraucherschutzes** betrachten.

Zusammen mit den Verbraucherzentralen und anderen Partnern intensiviert das BSI die Kooperation und bringt konkrete Projekte auf den Weg, etwa im Bereich der Sicherheit von Smartphones. Aktuell greift das BSI auf **www.einfachBSichern.de** Themen auf, die alle kennen; zum Beispiel Mobile Banking und Online-Shopping, sichere E-Mail-Kommunikation oder auch der Schutz von Notebooks oder Smartphone. Ziel dieser mehrstufigen Kampagne ist es, das Bewusstsein für die Gefahren im Netz zu erhöhen und zugleich Wege aufzuzeigen, wie sich jeder Einzelne effektiv schützen kann.

Im Bereich **künstliche Intelligenz** unterstützt das BSI auch die Erstellung und Umsetzung der nationalen KI-Strategie der Bundesregierung. Mit dem BMI und anderen Ressorts wird etwa daran gearbeitet, technische Grundlagen zu schaffen, um Normen für KI zu definieren. Zudem finden intensive Arbeiten an einem „Kriterienkatalog für KI-Anwendungen in der Cloud“, angelehnt an den sehr erfolgreichen C5-Katalog im Bereich des Cloud Computings, statt.

Ein zentraler Baustein für sichere **digitale Identitäten** ist die Online-Ausweisfunktion. Sie ermöglicht, eine reale Identität in der digitalen Welt auf hohem Vertrauensniveau verlässlich nachzuweisen. Anwendern in Deutschland steht die Online-Ausweisfunktion seit knapp zehn Jahren über einen Personalausweis oder elektro-

nischen Aufenthaltstitel mit Ausweischip zur Verfügung. Seit Jahresbeginn 2021 können auch Bürger und Bürgerinnen anderer EU-Mitgliedstaaten eine sogenannte eID-Karte mit integrierter Online-Ausweisfunktion beantragen.

Ab Herbst 2021 sollen Bürgerinnen und Bürger dann ihren Online-Ausweis direkt in ihrem Smartphone speichern können. Damit wäre ein elektronischer Identitätsnachweis über die Online-Ausweisfunktion auch ohne Ausweiskarte möglich.

Immer mehr vernetzte Geräte, die zu Hause oder unterwegs verwendet werden, bilden zusammen das **Internet der Dinge** (Internet of Things, IoT). Consumer-IoT-Geräte sind häufig unzureichend gegen Cyberangriffe geschützt. Nutzer können ausspioniert oder Botnetze aufgebaut werden. >

Wir sind sicherer.

Mit dem Online-Ausweis.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Erledigen Sie Behördengänge und Geschäftliches einfach und schnell von zuhause aus. Zuverlässige Sicherheitskonzepte sorgen dabei für maximalen Datenschutz. Weitere Informationen erhalten Sie in Ihrem Bürgeramt und auf [personalausweisportal.de](https://www.personalausweisportal.de)

bci Personal-Ausweis mit Online-Ausweisfunktion

> Plakat zur Online-Ausweisfunktion auf www.personalausweisportal.de

Die neue **5G-Technologie** wird gemeinhin als entscheidender Faktor für die positive Entwicklung des Standorts Deutschland in den kommenden Jahren angesehen. Sie soll schnellere Mobilfunkverbindungen, weniger Latenzzeit und höhere Datenraten ermöglichen. Aufgabe des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die 5G-Netze das höchstmögliche Niveau an Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität erreichen.

Das BSI erarbeitet derzeit in Absprache mit der Bundesnetzagentur eine Zertifizierungsstrategie für 5G. Sie soll es ermöglichen, in den unterschiedlichen Netzbereichen sowohl für Produkte als auch für Systeme unterschiedliche und aufeinander aufbauende Zertifizierungsschemata einsetzen zu können. Dabei greift das BSI auf international anerkannte und etablierte Standards zurück, um den Aufwand für Hersteller und Betreiber zu minimieren.

Die Lage im Blick

Die **operativen Cybereinheiten** des BSI starteten im Prinzip schon 1993 mit Gründung des BSI-CERT. Aber aus heutiger Sicht war das damalige Team mehr beratend tätig und weniger eine aktive Einheit in der Abwehr von Cyberangriffen. Dies muss natürlich vor dem Hintergrund gesehen werden, dass für einen Großteil der 1990er-Jahre das Internet für die Bundesverwaltung eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat.

Der Wandel in den Anforderungen erfolgte letztlich mit dem Regierungsumzug nach Berlin und der Schaffung des Informationsverbundes Berlin-Bonn (IVBB). Über diesen IVBB waren sehr viele Bundesbehörden untereinander und mit dem Internet gekoppelt. Ohne wirklich die betriebliche Verantwortung zu haben, bestimmte das BSI in großem Maße die implementierten Schutzmechanismen. Damit der IVBB ein Erfolg werden konnte, musste es seine Sicherheitsanforderungen selbst gegenüber Umsetzbarkeit und Anwenderwünschen abwägen. Dies geschah mit der Folge,

Absicherung anfälliger **#Exchange-Server** in **🇪🇸** geht nach wie vor schleppend voran. Noch immer sind deutlich über 10.000 verwundbare Systeme übers Internet erreichbar. Microsoft veröffentlicht aktualisiertes Mitigationsskript: bsi.bund.de/exchange-schwa... **#DeutschlandDigitalSicherBSI**

Exchange-Server: Microsoft veröffentlicht Exchange On-premises Mitigation Tool (EOMT)

Zur Anwendung wird all jenen geraten, die

- es bislang nicht geschafft haben, ihre Systeme zu patchen,
- die Angreifbarkeit ihrer Systeme nur durch die Deaktivierung von Diensten eingeschränkt haben,
- Exchange-Server nur gepatcht aber nicht durch zusätzliche Detektions-/Reaktionsschritte auf deren Kompromittierung geprüft haben.

EOMT dient nicht als Ersatz für das Einspielen von Sicherheitsupdates. Eine Mitigation kann bestenfalls übergangsweise bis zur Update-Installation zum Einsatz kommen.

5:58 nachm. · 16. März 2021 · Facelift-Cloud

55 Retweets · 3 Zitierte Tweets · 51 „Gefällt mir“-Angaben

Screenshot eines BSI-Tweets zur Exchange-Schwachstelle. Das BSI hat dazu außerdem auf Facebook, Instagram und LinkedIn gewarnt.

dass die Praxisnähe des BSI anstieg, und der Spruch „Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit“ fand im BSI eine breitere Akzeptanz. Dadurch war der Ausbau der CERT-Aktivitäten nur folgerichtig, und im Jahr 2001 wurde aus dem BSI-CERT das CERT-Bund mit Zuständigkeiten und Dienstleistungen für die ganze Bundesverwaltung.

Ein aktuelles Beispiel: Rund 25 000 Systeme sind durch die Schwachstelle in MS-Exchange-Servern in Deutschland verwundbar und stehen Angreifern damit offen. Die Schwachstellen erhöhen zusätzlich das Risiko, dass Daten und Know-how abfließen und unter Umständen Systeme verschlüsselt werden und die Produktion zum Stillstand kommt. Das BSI-Krisen-

Stets aktuelle Informationen zum Thema:
www.bsi.bund.de/Exchange-Schwachstellen

Update: MS Exchange Schwachstellen - Infos und Hilfestellungen | BSI
1.283 watching now · Started streaming 75 minutes ago

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
2.9K subscribers

Top chat =

- Eternal Neko: @N.Danke
- Henning Schindler: Hybrid-Umgebungen? VHM?
- Doreen One: @Radio
- Stadwerke Buchen: @Thilo W ist eine Aussage von MS, die Frage wurde schon im ersten Webinar gestellt
- Los freibill: @BSI: wenn an 443 nur authentifiziert übertragen werden darf, ist man was Psychologen angeht sicher?
- Lufco: @Doreen One Was war es mit einem Port-Beacon eine Webshell-Finder?
- Ralfco: @Doreen One Was war es an der Aussage dann falsch?
- Brück: @Manuel Richter Test Proxylogon ist 1 das meckert bei einigen Exchange das da veraltete Verbindungen sind
- Manuel Richter: @Brück - nein, das target kann eine andere ip haben, du müsstest generell prüfen, denke dabei, ein webserver muss nicht auf 443 lauschen, der server kann auch auf 25 lauschen
- Thilo W: @Stadwerke Buchen MS behauptet auch, das das nicht dem Schindlers Hack geschuldet ist, sorry glaube ich nicht
- Min Gid: von den 4 Lücken ist nur eine (CVE-2021-26857) bei Exchange 2010 relevant, oder?

Deutsch-Französisches Lagebild 2021 | BSI
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
174 views · 2 months ago

the number one MISTAKE new D's make

Livestream des BSI-Webinars zu Exchange-Schwachstellen auf YouTube mit den Kollegen des Lagezentrums

team arbeitet derzeit 24/7 daran, mit regelmäßigen Updates zu informieren.

Dafür hat das BSI alle Kanäle benutzt, die zur Verfügung stehen: Webseite, Social-Media-Kanäle wie Twitter, Facebook, Instagram und LinkedIn sowie Webinare. Diese Webinare wurden sogar live gestreamt.

➤ Informationssicherheit gewährleisten

Die breite Öffentlichkeit wurde erstmals in den 1980er-Jahren durch die ersten Einbrüche in Rechner des Internet-Vorläufer ARPAnet auf diesen Kampf aufmerksam. Die Antwort der Verteidiger auf die ersten Angriffe lautete: Abschottung und Härtung der Systeme sowie **Verschlüsselung** der Übertragungskanäle. Durch diese Strategie wurden abgesetzte IT-Systeme geschaffen, die durch einen sicheren Perimeter geschützt werden sollten. Die zentrale Idee der Sicherheitsstrategie war, dass sich alle Angreifer außerhalb des Perimeters befinden. Die Widerstandsfähigkeit des Perimeters bildete die Widerstandsfähigkeit des Gesamtsystems.



➤ BSI-Präsident Arne Schönbohm auf dem 17. Deutschen IT-Sicherheitskongress; zum ersten Mal digital und gleichzeitig die 30-Jahr-Feier.

Exemplarisch für die rasante Entwicklung des BSI in den letzten 30 Jahren ist die Geschichte des 1998 als Referat eingerichteten **KRITIS-Fachbereichs**, der sich mit der IT-Sicherheit in Kraftwerken, Kliniken und anderen Kritischen Infrastrukturen befasst.

Im Jahr 1990 wurde im Bundesministerium des Innern (BMI) ein neues Referat für Informationssicherheit gegründet. Mitte der 1990er-Jahre kamen in den Industrieländern

Diskussionen darüber auf, wie bedeutend verschiedene Institutionen sind, um wichtige gesellschaftliche Funktionen aufrechtzuerhalten. Der Begriff „Kritische Infrastrukturen“ entstand in den USA und auf EU-Ebene nahm die Diskussion schnell Fahrt auf.

Seit seiner Gründung entwickelt das BSI gemeinsam mit Politik, Industrie und Interessenverbänden Sicherheitsanforderungen für IT-Produkte und -Systeme und gestaltet

damit aktiv die Informationssicherheit für die digitale Gesellschaft. Mehr als 1 500 Produktzertifikate, **zahlreiche Zertifikate** im Bereich des Informationssicherheitsmanagements sowie im Bereich der Personenzertifizierung wurden in den letzten 30 Jahren erteilt.

Das BSI wendet sich mit seinem Zertifizierungsangebot an Anwender und Hersteller von Informationstechnik. Eine Zertifizierung weist





> Luftballons zum 30-jährigen Jubiläum des BSI auf dem 17. Deutschen IT-Sicherheitskongress: BSI-Präsident Arne Schönbohm im Gespräch mit den beiden Moderatorinnen Susanne Schöne (links) und Claudia van Veen.

nach, dass das Produkt die von Recht- oder Prüfvorschriften geforderten Eigenschaften oder Anforderungen in einem bestimmten Geltungsbereich erfüllt. Zielgruppen sind zum Beispiel die öffentlichen Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen sowie Privatanwender und Unternehmen.

■ **Zuspruch von allen Seiten**

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bekräftigte das BSI in ihrem Grußwort auf dem BSI-Kongress im Februar 2021, Digitalisierung und Informationssicherheit gehörten zusammen. Ein Zitat ist auf der BSI-Webseite zu finden und das komplette Grußwort auf YouTube.

Bundesinnenminister Horst Seehofer sagte bei der Vorstellung des BSI-Lageberichts im Oktober 2020 auf der Bundespressekonferenz: „Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen, Herr Schönbohm, und auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für eine sehr, sehr gute Zusammenarbeit zu danken.“ Weiter sagte er zu den Aufgaben des BSI: „Das BSI unterstützt vielseitig, um ein Höchstmaß an IT-Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten.“

Bei seinem Besuch im BSI im August 2020 sagte Staatssekretär und Bundes-CIO Dr. Markus Richter: „Das BSI steht für eine Innovationskraft in der Sicherheit, was essenziell ist, was hohe Anerkennung erfährt und heute mehr gefragt ist denn je.“

■ **Work somewhere awesome**

Um mit dieser von Bundes-CIO Richter angesprochenen Dynamik und Innovationskraft der Digitalisierung Schritt zu halten, braucht es intrinsisch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über den Tel-

lerand sehen und mit hoher fachlicher Kompetenz und Leidenschaft an ihren Aufgaben arbeiten.

Unter Beweis stellen konnten BSI-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Fähigkeiten beispielsweise bereits mehrfach auf der Conference on Cryptographic Hardware and Embedded Systems (CHES). Sie ist die weltweit größte und renommierteste hardwarenahe Kryptografietagung. In ihrem Vorfeld findet in jedem Jahr ein internationaler, prestigeträchtiger wissenschaftlicher Wettbewerb statt: Die CHES-Challenge. Unter Zuhilfenahme von

KI-Methoden belegte ein BSI-Team 2018 in zwei Einzeldisziplinen den ersten Platz, 2020 trug es den Gesamtsieg davon.

Mit über 8 000 Teilnehmenden hat das BSI den größten IT-Sicherheitskongress Deutschlands ausgerichtet. Das große Interesse am Kongress des BSI zeigt, dass Informationssicherheit ein Thema ist, das die Menschen beschäftigt. Cyberangriffe oder Datendiebstähle finden nicht in einer virtuellen Parallelwelt statt, sondern haben ganz reale Folgen für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Unternehmen und Behörden.

Im Kontext des 17. Deutschen IT-Sicherheitskongresses wurden traditionell zwei Preise vergeben, mit denen das BSI und seine Partner junge Talente auszeichnen und fördern, die mit besonderen Ideen und Leistungen zur Verbesserung der Informationssicherheit in Deutschland beitragen.

Pressestelle BSI



Steckbrief zur Auftaktveranstaltung „Gewerkschaft – warum eigentlich?“

Gewerkschaftliches Engagement ist längst nicht mehr selbstverständlich in Deutschland. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst. Selbstbestimmter erscheint vielen das Prinzip „Bürgerinitiative“, das eine Bindung an professionell aufgestellte Organisationen bewusst vermeidet. In den kommenden Ausgaben des vbob Magazins 2021 berichten wir in Form eines Steckbriefes über die jeweils stattgefundenene Veranstaltung unserer Reihe „70 Jahre vbob“.

Was war das Thema der Veranstaltung?

„Gewerkschaft – warum eigentlich?“

Die Videokonferenz am 23. Februar 2021 war die erste einer Reihe von Veranstaltungen zum 70. Jahrestag unserer Gewerkschaft.

Wie wurde sie inhaltlich vorbereitet/das Thema aufbereitet?

Eröffnet wurde die Diskussion durch die stellvertretende Bundesvorsitzende Claudia Goeke. In ihrem Statement würdigte sie das Wirken des vbob in den letzten Jahrzehnten. Die Mitbestimmung und andere Arbeitnehmerrechte wurde erst durch die Arbeit der Gewerkschaften Realität.

Entsprechend unseres Mottos „Nähe ist unsere Stärke“, liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit in den Fachgruppen. Im Mittelpunkt steht hier die Betreuung der Mitglieder, die Arbeit in den Personalräten und die Mitgliederwerbung.

Wie verlief die Diskussion?

Die Diskussion zeigte, dass sich unser Berufsleben gerade in einem Veränderungsprozess befindet und sich

auch die Gewerkschaften auf die neuen Anforderungen einstellen müssen. Für den vbob bedeutet dies, dass er seine Außenwirkung weiter erhöhen muss. Hierbei geht es vor allem darum, Berufseinsteiger und junge Beschäftigte gezielt anzusprechen und ihnen die Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Engagements darzulegen.

Welche Forderungen/Ergebnisse lassen sich festhalten? Gibt es eine Kernbotschaft?

Der vbob und seine Mitglieder sollten selbstbewusst

auftreten und die Beschäftigten über Initiativen und Erfolge, aber auch über Misserfolge und bestehende Defizite offensiv informieren.

Um junge Menschen verstärkt anzusprechen, muss die Nutzung der sozialen Medien ausgebaut werden.

Wir müssen in unseren Behörden vermitteln, dass es die Gewerkschaften sind, die die Rahmenbedingungen für das Berufsleben mit den Arbeitgebern verhandeln und Erfolge für die Beschäftigten erstreiten.

Welche Aussage oder welches Ergebnis hat überrascht?

Es gab unterschiedliche Einschätzungen zur Zusammenarbeit mit freien Listen.

Auf den Punkt gebracht!

Die Diskussion zeigte die Probleme und die Vielfalt der gewerkschaftlichen Arbeit, für die sich ein persönliches Engagement lohnt.

Wie geht es nun weiter mit dem Thema?

Frau Goeke wird dies in die strategischen Debatten im Bundesvorstand und Bundeshauptvorstand hineinragen.

cg



Kommentierte Pressestimmen

Die Ergebnisse des aktuellen ARD-Deutschland-Trends zeigen es deutlich: Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Corona-Politik der Bundesregierung wächst dramatisch. Für besonders große Enttäuschung sorgte zuletzt die Impfstrategie. Seit Monaten schon monieren Fachleute und Ökonomen, dass die Bundesregierung und die EU-Kommission hier schon von Beginn an falsche Prioritäten gesetzt hätten. Hätte die EU früher mehr Impfstoff bestellt und auch mehr dafür ausgegeben, hätten die Hersteller und auch deren Zulieferer schneller größere Produktionskapazitäten aufbauen können.

„Merkels Corona-Management: Kritik an Bundesregierung erstmals größer als Zustimmung“, titelt **FOCUS** im Februar 2021. Heftiger Gegenwind für Bundeskanzlerin Angela Merkel, ihr Kabinett und die Ministerpräsidenten: Es wurde nicht genug Impfstoff bestellt, weswegen sich die Risikogruppen nicht impfen lassen können. Die Novemberhilfen sind teilweise immer noch nicht bei den Menschen angekommen, der Frust sitzt tief. Das schlägt sich nun in der Bewertung des Corona-Managements durch die Verantwortlichen nieder. Mit 46 Prozent sind erstmals mehr Menschen unzufrieden als gegenüber den 42 Prozent, die der Regierungschefin und ihren Kollegen ein gutes Zeugnis ausstellen. Seit Juli des vergangenen Jahres sank die Zufriedenheit bei den Menschen stetig. Krisenforscher Frank Roselieb hat zwei Gründe ausgemacht, warum die Unzufriedenheit gestiegen ist: „Zum einen nimmt die Corona-Müdigkeit in der Bevölkerung bei Fortdauer der Pandemie naturgemäß zu. Immerhin dauert der aktuelle Lockdown bereits seit Anfang November, geht also in den fünften Monat. Er ist damit bereits jetzt deutlich länger als der erste Lockdown im Frühjahr 2020. Zum anderen habe die Politik aber auch handwerkliche Fehler beim Krisenmanagement gemacht.“ Roselieb weiter: „Am Anfang war ‚etwas holpern‘, normal und durchaus entschuldigbar. Nach einem Jahr

sollte allerdings deutlich mehr Routine in die Krisenkommunikation und das Krisenmanagement eingekehrt sein.“

► Keine 1:1-Übertragung

Das zermürbt die Menschen, die unter Existenzängsten, unter Homeschooling und Homeoffice leiden. Zur Zermürbung und weiteren Demoralisierung gehört sicherlich auch die folgende Schlagzeile: „Tariferhöhung zum 1. April 2021 wackelt“, so das **Handelsblatt** in der Ausgabe vom 5. März 2021. Vier Monate nach dem Tarifabschluss für Bund und Kommunen streiten Arbeitgeber und Gewerkschaften über Details. Nun könnte sich die für April geplante Lohnerhöhung

normalerweise reine Formsache sind. Nicht so im öffentlichen Dienst.

Bereits im vergangenen Oktober hatten sich die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) mit den Gewerkschaften Verdi und dbb beamtenbund und tarifunion in Potsdam auf einen Abschluss für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen geeinigt. Er sieht eine zweistufige Tarifierhöhung vor: Ab dem 1. April soll es 1,4 Prozent mehr Geld geben, mindestens aber 50 Euro, im April 2022 folgt die zweite Erhöhung um 1,8 Prozent. Doch ob die Entgelte zum 1. April wie geplant steigen, ist

dein, um ein Fahrrad leasen und damit zur Arbeit radeln zu können – auch als „Jobrad“ bekannt. Die Gewerkschaften sehen dies als einen Beitrag zur Verkehrswende, Verdi hatte sich im vergangenen Jahr mit den Klimaaktivisten von „Fridays for Future“ für gemeinsame Aktionen zusammengetan. Doch über die Details sind sich die VKA und die Gewerkschaften nicht einig – unter anderem nicht darüber, wie die Entgeltumwandlung steuerlich zu behandeln ist. Und solange der Streit anhält, soll es auch keine Tarifierhöhung zum 1. April geben. „Dass die erhöhten Entgelte erst zur Auszahlung freigegeben werden, sobald alle Beteiligten sämtliche strittigen Themen ausgeräumt und diese sich geeinigt haben, ist seit Jahr und Tag ein ganz normaler Prozess in den Tarifrunden des öffentlichen Dienstes“, sagte VKA-Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath. Er warf den Gewerkschaften vor, mehr als vier Monate nach der Tarifeinigung in der vergangenen Woche plötzlich neue und weitreichende Forderungen erhoben zu haben.

„In der Politik ist es wie in der Mathematik: Alles, was nicht ganz richtig ist, ist falsch.“

Edward Moore „Ted“ Kennedy Senior, 1932–2009

hung verzögern. Normalerweise enden Tarifverhandlungen nach einer langen Nacht mit dem Handschlag der Verhandlungsführer von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Danach muss aus dem Kompromiss nur noch eine ausformulierte rechtliche Tarifeinigung werden. Das passiert in den sogenannten Redaktionsverhandlungen, die

zweifelhaft. Während die Redaktionsverhandlungen mit dem Bund beendet sind, wirft die VKA den Gewerkschaften nun vor, völlig überraschend mit gänzlich neuen Forderungen gekommen zu sein. Diese hätten in der Tarifeinigung von Potsdam gar keine Rolle gespielt. Dabei geht es um die Möglichkeit, dass Beschäftigte Entgeltbestandteile umwan-

dbb Tarifvorstand Volker Geyer warf den kommunalen Arbeitgebern ein „Foulspiel auf dem Rücken der Beschäftigten“ vor. „Das sind übrigens genau die Kolleginnen und Kollegen, die seit einem Jahr in der Pandemie als Erzieherin, als Pfleger oder im Ordnungsamt aufopferungsvoll das ganze Land am Laufen halten“, so Geyer.

cm

Berichtenswertes

Was sonst noch geschah ...

Anfang März scheiterte der Versuch der Verabschiedung des **Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2021/2022** mit vielen beschäftigtenrelevanten Besoldungselementen am Veto aus dem Bundesfinanzministerium. Der vbob hat die Enttäuschung darüber in einem gesonderten Aktuell veröffentlicht. Entscheidend ist, dass die sogenannte „GroKo“ damit bei aller an den einzelnen Vorschlägen zu Recht vorzutragender Kritik durch das Vorgehen gänzlich verhindert hat, dass zum Beispiel die Reform des Familienzuschlages, die verfassungskonforme Regelung der Besoldungsstruktur, die Einführung von regionalen Ergänzungszuschlägen et cetera unter ihrer Führung verabschiedet werden kann.

Übertragen wurden nunmehr die Ergebnisse der Tarifverhandlungen 2020 auf die Beamtinnen und Beamten, jedoch nicht wirkungsgleich, wie vom Bundesinnenminister zugesagt,

sondern bezogen auf die lineare Erhöhung der Bezüge zum 1. April 2021 um 1,2 Prozent und am 1. April 2022 um 1,8 Prozent.

Im Bereich der **Altersteilzeit** war zum Jahreswechsel offengeblieben, ob die zum 31. Dezember 2020 für die Beamtinnen und Beamten auslaufenden Regelungen verlängert werden. Noch kurz vor Redaktionsschluss kündigte das BMI den Behörden der Bundesverwaltung die Verlängerung der Altersteilzeitregelungen nach § 93 Abs. 3 Bundesbeamtengesetz (BBG) und des FALTER-Modells nach § 53 Abs. 4 BBG mit Wirkung vom 25. März 2021 um weitere zwei Jahre an, also bis zum 31. Dezember 2022. Altersteilzeit sowie das FALTER-Modell müssen vor dem 1. Januar 2023 beginnen.

Die Verhandlungen zu einem **Tarifvertrag Digitalisierung** sind ebenfalls eine Runde weiter. Beide Seiten haben inzwischen einen Vorschlag

© vbob



GEWERKSCHAFT BUNDESBE SCHÄFTIGTE

vbob mitgliederinfo

März 2021

Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2021/2022



Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich heute ein beachtlicher Vorgang. Die Übertragung des letztjährigen Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Diese wird kommen, eine wirkungsgleiche Übertragung allerdings nicht. Der Mindestbetrag von 50 Euro wird von der Bundesregierung nicht für die Kolleginnen und Kollegen in den kleineren Besoldungsgruppen umgesetzt.

Darüber hinaus enthielt der abgestimmte Gesetzentwurf auch die angekündigten Verbesserungen zu den familienbedingten Besoldungselementen (z.B. Reform des Familienzuschlages) und die vom Bundesverfassungsgericht durch Urteile bereits mehrfach, zuletzt in 2020 geforderte Anpassung der Besoldungsstruktur entsprechend des Alimentationsprinzips.

Die Ablehnung des Gesetzentwurfes durch das Bundesfinanzministerium führt nun dazu, dass in dieser Legislaturperiode weder die überfällige Reform der Familienkomponenten noch die Verfassungskonformität der Besoldung erreicht werden kann.

Bundesvorsitzender Gehlen äußerte sich über den Gesetzentwurfenttäuscht:

„Das die vorgesehene Verbesserung für die kleinen Einkommensgruppen, der Familienkomponenten sowie die verfassungsgemäße Alimentation ausgerechnet am Veto aus dem Haus des designierten sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Scholz scheitern, war nicht zu erwarten. Der vbob verurteilt diesen weiteren Aufschlag gegen das Berufsbeamtentum scharf. Ich weise die Mitglieder der Bundesregierung darauf hin, dass sie als Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode im September gemeinsam in der Verantwortung sind. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesverwaltung können eine Antwort auf solche parteipolitischen Spielchen an der Wahlurne geben.“

Seite 1 / 1

bundesgeschäftsstelle • dreischneisenweg 36 • 53175 Bonn • tel: 0228 9579653 • fax: 0228 9579654 • e-mail: vbob@vbob.de
 hauptstadtbüro • Friedrichstraße 169 • 10117 Berlin • tel: 030 40816900 • fax: 030 40816930 • e-mail: vbob.berlin@vbob.de

erarbeitet, der naturgemäß nicht mit dem jeweils anderen identisch ist. Im April sind die Verhandlungspartner zu einer weiteren Verhandlungsrunde verabredet. Ziel des Tarifvertrages soll die Absicherung der Kolleginnen und Kollegen sein, deren Arbeitsplatz von Veränderungen

durch Maßnahmen der Digitalisierung betroffen sind. Arbeitsplatzsicherung und Qualifikation werden den Kern des Tarifvertrages bilden.

Am 22. März 2021 fand im Innenausschuss des Deutschen Bundestages die **Anhörung zum Entwurf des Bundespersonalvertretungsgesetzes** statt. Inhalt von Expertenanhörung und Fragen der Abgeordneten waren im Wesentlichen die Aspekte Mitbestimmung, Digitalisierung, Rechte der Gewerkschaften und ressortübergreifende Maßnahmen. Falls Sie Interesse an der Verfolgung dieser öffentlichen Anhörung oder an den Stellungnahmen der geladenen Expertinnen und Experten haben, so finden Sie diese unter

https://www.bundestag.de/ausschuesse/a04_innenausschuss/anhoerungen.

fg



© chombosan / stock.adobe.com